

Editorial

Hallo liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, schon wieder hat ein neues Semester begonnen, und der Frühling hat – zusammen mit über 1.000 Erstsemestern, die ich besonders herzlich begrüßen möchte – Einzug in Göttingen gehalten. Die Hochschulpolitik hatte keine Semesterferien, so dass es wieder reichlich Neues zu berichten gibt. Nachdem die ADF dank Euerer zahlreichen Unterstützung auch in diesem Jahr wieder aus den Uniwahlen mit deutlichem Abstand als Sieger hervorgegangen ist, geht es für uns jetzt darum, für eine sinnvolle und studierendenfreundliche Verwendung der Studiengebühren zu kämpfen. Außerdem berichten wir über die möglichen Risiken von Studienkrediten und vieles mehr. Aber lest selbst! Daniel Flore

AUS DEM INHALT

Dreiste Chipkarten-Abzocke

Seite 3

ADF: Uni aktiv mitgestalten

Seite 5

Schuldenfalle Studienkredit?

Seite 6

STUDIENGEBÜHREN – WAS PASSIERT MIT UNSEREM GELD?

von Andreas Lompe

In den kommenden Monaten werden die Weichen dafür gestellt, was mit den Mitteln geschieht, die die Universität aus allgemeinen Studiengebühren erhält. Der Senat hat sich in seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch mit einer Regelung zur Verwendung von Studiengebühren befasst und den Vorschlag einer hierfür eigens eingerichteten Senats- und Präsidiumsarbeitsgruppe (AG "Studienbeiträge") grundsätzlich gebilligt. Dieser Vorschlag sieht eine relativ weitgehende Beteiligung der Studierenden vor. Jetzt sollen zunächst die Fakultäten konkrete Vorschläge erarbeiten.

DER VERTEILUNGSKAMPF BEGINNT

Im kommenden Wintersemester müssen zunächst die Erstsemester 500 Euro Studienbeitrag – so lautet die juristisch korrekte und deutlich freundlicher klingende offizielle Bezeichnung – bezahlen. Ab Sommersemester 2007 müssen alle Studierenden, die nicht einen der eng umgrenzten Ausnahmetatbestände erfüllen, zahlen. Dadurch kann die Universität wahrscheinlich mit 16 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln pro Jahr rechnen. Diese Summe weckt Begehrlichkeiten an allen Ecken und Enden. Fa-

kultäten, Verwaltung und zentrale Einrichtungen – geschöpft durch die Kürzungsrunden der vergangenen 20 Jahre – überbieten sich gegenseitig, herauszustellen, wie segensreich es für die Studierenden doch wäre, gerade ihnen ein möglichst großes Stück vom Kuchen zukommen zu lassen.

Laut Gesetz dürfen die Einnahmen aus Studienbeiträgen nur zweckgebunden als zusätzliche Mittel für Lehre und Studium eingesetzt werden. Auch Präsident von Figura hat am vergangenen Dienstag bei der Begrüßung der Erstsemester noch einmal darauf hingewiesen, dass die Universität sich verpflichtet habe, "dass alle Einnahmen aus Studienbeiträgen für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden".

Notwendig dafür, dass dieses Versprechen weitgehend eingehalten wird, ist die Mitentscheidungsmöglichkeit der Studierenden bei der Verwendung der Gebühren. Nach Niedersächsischem Hochschulgesetz hätte das Präsidium die Kompetenz, ohne jegliche Beteiligung von Studierenden oder anderen Hochschulmitgliedern über die Verwendung zu entscheiden. Das Präsidium hat jedoch signalisiert, dass die

Studierenden insbesondere in den Studienkommissionen maßgeblich an der Entscheidung über die Verwendung der Studienbeiträge beteiligt werden sollen.

VIELE VERSCHIEDENE MASSNAHMEN MÖGLICH

Ein Teil der Mittel soll direkt den Fakultäten nach Anzahl der Studierenden zugewiesen werden. Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz des studentischen Senators Ralf Mayrhofer (ADF) nennt als Beispiele für Maßnahmen, die an den Fakultäten durchgeführt werden könnten, Tutorenprogramme,

eine Verbesserung der Studienberatung, eine Verbesserung der Lehrbuchausstattung oder eine Verlängerung von Öffnungszeiten der Seminar- und Institutsbibliotheken sowie die Verbesserung der Betreuungsrelation durch zusätzliches Personal, das nur Lehre macht und nicht kapazitätswirksam ist. Außerdem könnten zusätzliche Exkursionen organisiert und gegebenenfalls höher bezuschusst oder Praxisvorträge angeboten werden, die Ausstattung von Lehr- und Laborräumen verbessert oder zusätzliche Lern- und Gruppenarbeitsplätze eingerichtet werden.



Knapp 1.000 Erstis wurden in den Orientierungsphasen der vergangenen beiden Wochen ins Uni-Leben eingeführt. Im Bild: Jura-Erstsemester beim "Pferderennen" vor historischer Kulisse. – Einen Bericht über die Immatrikulationsfeier gibt es auf Seite 4.

Entscheidend ist, dass diese oder andere Maßnahmen zusätzlich sind und nicht Bestehendes ersetzen. Wenn einfach Ausgaben, die bisher aus regulären Haushaltsmitteln bezahlt wurden, gestrichen und durch Gelder aus Studiengebühren ersetzt werden, dann steht den Studiengebühren überhaupt kein positiver Effekt gegenüber. Dass es nicht zu einer solchen Substitution kommt, ist das Wichtigste, worauf wir Studierende in den kommenden Monaten achten müssen.

Die Ausgangslage ist dabei alles andere als günstig. Zeitgleich mit der Verteilung von Studiengebühreneinnahmen müssen weitere Einsparungen von insgesamt rund 6 Mio. Euro vorgenommen werden – u.a. wegen massiv gestiegener Energiekosten. Auch insgesamt eine Mio. Euro für den Ausfallfonds für nicht zurückgezahlte Studiengebührendarlehen müssen die Fakultäten aufbringen. Wenn auf der einen Seite eingespart werden muss, auf der anderen Seite aber Geld

angeboten wird, liegt es nur allzu nahe, schwierige Strukturentscheidungen zu vermeiden und die Einsparungen lieber aus den Studiengebühren zu finanzieren. Diese Möglichkeit wird zwar vereinzelt auch von studentischer Seite gefordert, ist aber fatal: Die logische Konsequenz aus weiteren Mittelkürzungen wäre dann eine Erhöhung der Studiengebühren. So bewegt man sich mit ganz schnellen Schritten auf eine Vollfinanzierung der Lehre durch die Studierenden zu.

Immer mehr Professoren erkennen aber glücklicherweise, dass die Universität es sich nicht leisten kann, die Studiengebühren als Ersatz für die Kürzungen des Landes einzusetzen, so dass sie ohne spürbaren Effekt für die Studierenden bleiben. Dann verliert die Universität deutlich an Attraktivität gegenüber Hochschulen in studiengebührenfreien Bundesländern und niedersächsischen Universitäten, die die Gebühren zu einer wirklichen Verbesserung der Lehre nutzen.

ZENTRALES ANTRAGSVERFAHREN FÖRdert QUALITÄT DER KONZEPTE

Mittel, die nicht sofort direkt den Fakultäten zugewiesen werden, kommen in einen zentralen Topf. Aus diesem Topf werden zum einen zentrale Maßnahmen, die nicht nur den Studierenden einer Fakultät zugute kommen, finanziert. Als Beispiel für eine zentrale Maßnahme am häufigsten genannt wird eine Verlängerung der Öffnungszeiten der SUB am Campus. Sogar eine 24-Stunden-Öffnung an sieben Tagen in der Woche ist möglich.

Außerdem können die Fakultäten Anträge stellen, um zusätzlich zu den direkt zugewiesenen Mitteln Geld für weitere Maßnahmen an der Fakultät zu bekommen. Über diese Anträge soll die erweiterte zentrale Studienkommission entscheiden, in der dann ebenfalls zur Hälfte Studierende sitzen. Durch das Antragsverfahren soll eine möglichst effiziente Verwendung der Mittel durch einen Wettbewerb um die besten Konzepte erreicht werden.

Als nächstes sind die Fakultäten aufgefordert, bis Mitte Juni konkrete Konzepte für Maßnahmen an der Fakultät mit zu erwartenden Kosten und einer Beschreibung von Ziel und Nutzen zu erarbeiten. Federführend soll dies in den Studienkommissionen geschehen, die später auch das Vorschlagsrecht für die Verwendung haben sollen.

JETZT VORSCHLÄGE MACHEN!

Die Mithilfe aller Studierenden ist jetzt gefragt, damit sinnvolle Maßnahmen gefunden werden, und die Mittel möglichst dort eingesetzt werden, wo Verbesserungen am nötigsten sind. Sagt Euer Meinung: Wofür soll Euer Geld ausgegeben werden? Was ist das größte Ärgernis in Eurem Studium, das man beseitigen müsste? Welche Veranstaltungen haben am ehesten Tutorien verdient – und wo kann man darauf verzichten? Vorschläge und Anregungen könnt Ihr direkt an die studentischen Vertreter in Eurer Studienkommission (in der Regel zu erreichen über den Fachschaftsrat) und den Studiendekan richten. Oder Ihr schreibt einfach uns eine E-Mail an vorschlag@adf-goettingen.de. Wir leiten alle Ideen gesammelt an die jeweils Zuständigen weiter.

EURE IDEEN SIND GEFRAGT!

Sagt Eure Meinung: Wofür soll Euer Geld ausgegeben werden? Was ist das größte Ärgernis in Eurem Studium, das man beseitigen müsste?

Schreibt uns einfach eine E-Mail an vorschlag@adf-goettingen.de!

AMTSZEITENDE IN SICHT – DREHT SICH NUN DAS PERSONALKARUSSEL AM WILHELMSPLATZ?

Am 30. September endet die zweite Amtszeit des Uni-Vizepräsidenten Prof. Dr. Reiner Kree, zuständig für die für Studierende besonders relevanten Bereiche Studium und Lehre und derzeit dienstältestes Präsidiumsmitglied. Der Senat hat am vergangenen Mittwoch die gesetzlich vorgeschriebene Findungskommission eingesetzt, welche einen Vorschlag zur weiteren Besetzung des Amtes erarbeiten wird. Vorschlag und Wiederwahl Krees für eine dritte zweijährige Amtszeit sind möglich, aber wohl nicht sicher. Kree war in der Vergangenheit mehrfach in die Kritik geraten. Als Vor-Ort-Manager des Bologna-Prozesses und der Umstellung des gesamten Studienangebots der Universität auf Bachelor- und Masterstrukturen waren ihm auch

von Professorensseite Führungs- und Kommunikationsschwäche sowie mangelndes Problembewusstsein vorgeworfen worden; man fühlte sich mit seinen jeweiligen Problemen seitens des Wilhelmsplatzes im Stich gelassen. In der Tat sind zahlreiche Probleme, insbesondere im Prüfungswesen und hinsichtlich der tatsächlichen Studierbarkeit von Fächern an zahlreichen Fakultäten ungelöst. Im Bereich Lehrevaluation war es ebenfalls zu Irritationen gekommen; auch im vierten Jahr nach der letzten Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes hat die Universität Göttingen das vorgeschriebene Evaluationssystem nicht etabliert. Kree reagierte zuletzt mit der Einsetzung einer neuerlichen ‚Expertenrunde‘ ohne studentische Beteiligung und

geriet erneut in die Schusslinie. Berichte über andauernde sachliche und persönliche Diskrepanzen innerhalb des Präsidiums und eine seltsame Gelassenheit führen dazu, dass mancher sich des Eindrucks einer gewissen Amtsmüdigkeit Krees nicht erwehren kann. Es gilt von daher durchaus nicht als sicher, ob er selbst eine Wiederwahl anstrebt.

Nicht alle Kritik, die geäußert wurde, ist jedoch berechtigt. Man darf nicht außer Acht lassen, dass die politisch angestoßene Studienstrukturreform vielleicht die größte jemals dagewesene Herausforderung für die Universitäten darstellt. Diejenigen, die sie vor Ort umzusetzen haben, sind dabei nicht für alles verantwortlich, obwohl mancher dazu neigt, sie pauschal und unsachlich zu

Buhmännern machen zu wollen. Und auch flexible Reaktion auf sich immer wieder ändernde äußere Faktoren kann man als irreführende Planlosigkeit missverstehen. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil ja dem Präsidenten selbst gern Gegenteiliges, nämlich allzu starres Beharren auf der einmal gebildeten Meinung, nachgesagt wird.

Ob nun also Kree selbst im Amt verbleibt, oder aber ein Nachfolger sich findet, der derzeit nicht in Sicht ist, zumal auch das einschlägige Know-How nicht breit gestreut ist – angesichts der politischen und hochschulinternen Großwetterlage bleibt es eine undankbare Aufgabe, und widerstrebende Befindlichkeiten werden es dem Amtsinhaber schwer machen, zu glänzen.

ABLÖSUNGERSCHWEINUNG: UNI SPART BEI CHIPKARTENQUALITÄT – UND KASSIERT STUDIERENDE AB

von Christian Zigenhorn

Obwohl bereits vor einigen Jahren die Chipkarte als Studienausweis eingeführt wurde, gibt es bis heute immer noch mehr Probleme und Kosten als Nutzen mit dem System. Eines dieser Probleme ist die mangelnde Qualität der ausgegebenen Chipkarten. Die Karten besitzen einen Thermostreifen, der zu Beginn jedes Semesters mit dem neuen Gültigkeitsdatum beschrieben wird. Insbesondere bei den Karten der ersten Generation, die an Studierende der Medizin und der Physik ausgegeben wurden, löst sich dieser Streifen bei regelmäßigem Herumtragen im Portemonnaie ab, so dass die Karte unbrauchbar wird. Anstatt unbürokratisch eine neue Karte an die betroffenen Studierenden auszugeben, wie dies in solchen Fällen an anderen Universitäten gehandhabt wird, wird seitens der Studienzentrale der Georg-August-Universität gnadenlos

abkassiert. Obwohl die Chipkarten im Einkauf nur ca. 2,50 Euro kosten, werden von den Studierenden 10 Euro für den Ersatz der defekten Karten verlangt, während zum Beispiel externe Teilnehmer des Hochschulsports nur fünf Euro für eine Gästekarte mit identischer Technik bezahlen müssen. Wie aus internen Kreisen der Verwaltung zu hören ist, sollen durch die Differenz zwischen Einkaufskosten und Gebühr die Personalkosten der Chipkarten-Ausgabestelle bezahlt werden. Wenn man bedenkt, dass die dort angestellten Hilfskräfte weniger als 8 Euro pro Stunde bekommen, das Ausstellen eines neuen Ausweises jedoch deutlich unter fünf Minuten dauert, kann man die verlangten 10 Euro nur als Abzocke bezeichnen. An anderen Stellen wiederum wird unnötig Geld zum Fenster hinaus geworfen. Für die Studierenden der Medizin gibt es spezielle

Karten mit einem anderen Logo. Die Nachbestellung dieser Karten zum neuen Semester wurde jedoch vergessen, so dass einem Teil der Erstsemester vorübergehend die normalen Karten ausgestellt wurden. Diese müssen dann selbstverständlich in Kürze wieder ausgetauscht werden.

Von den lange versprochenen zusätzlichen Funktionen der Chipkarte gegenüber den alten Ausweisen aus Papier ist für die meisten Studierenden immer noch nichts zu sehen. Insbesondere die Nutzung als elektronische Geldbörse außerhalb des Klinikums verzögert sich immer weiter. Derzeit wird vom Studentenwerk und der Datenverarbeitung der Universität der August als geplanter Einführungsstermin für die Mensen und Cafeterien genannt, doch ob dies eingehalten werden kann, ist mehr als fraglich. Ursprünglich sollte das System bereits im Januar etabliert

sein. Als besonders irrsinnig darf dabei die Planung für die Zentralmensa angesehen werden: Nach der Einführung der Bezahlungsfunktion wird man zunächst am Automaten Geld auf die Chipkarte einzahlen müssen, um dann an den bisherigen Kassen mit der Chipkarte Essensmarken bezahlen zu können. Erst nach dem Umbau der Zentralmensa im nächsten Jahr wird eine direkte Bezahlung des Essens mit der Chipkarte an der Essensausgabe ermöglicht werden. Von den Dutzenden verschiedener Kopierkarten an den einzelnen Instituten und Seminaren wird man sich vorerst wohl auch nicht verabschieden können. Die flächendeckende Einführung der Chipkarte als Bezahlungsfunktion für die Kopierer und andere Dienstleistungen ist aufgrund der hohen Anschaffungskosten für die Entwertungsgeräte derzeit mehr als fraglich.

NOVELLE DES NIEDERSÄCHSISCHEN HOCHSCHULGESETZES IN PARLAMENTARISCHER ANHÖRUNG

von Christian Zigenhorn

In der kommenden Woche wird im Wissenschaftsausschuss des Landtages über die Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) diskutiert. Gegenüber der Fassung eines viel monierten ersten Referentenentwurfs (s. Wadenbeißer Nr. 62) wurden verschiedene Änderungen vorgenommen. Dabei gibt es aus Studierendensicht sowohl Verbesserungen als auch Verschlechterungen, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

KOMPETENZVERTEILUNG UND PRÄSIDIUMSWAHL

Der Senat erhält in Berufungsverfahren im Vergleich zum letzten Entwurf wieder mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, dafür ist das dort vorgesehene doppelte Stimmrecht der Studierenden wieder gestrichen worden.

Auch bei der Präsidentenwahl ist die Beschneidung der Senatskompetenzen nicht mehr ganz so weit gefasst: dieser richtet gemeinsam mit dem Stiftungsrat eine Findungskommission ein; der Vorschlag wird dann Senat und Stiftungsrat zur Beratung vorgelegt. Der Senat empfiehlt dem Stiftungsrat die zu berufende Person. Bei Uneinigkeit soll der Stiftungsrat über das weitere Vorgehen befinden. Im vorherigen Entwurf war die Wahl dem weitgehend extern besetzten Stiftungsrat vorbehalten. In der neuen Formulierung aber ist die Beteiligung des Ministeriums bei Stiftungsuniversitäten etwas unklar: die Formulierung im Gesetzestext sieht eine Analogie zu Nicht-Stiftungsuniversitäten vor (Bestätigung der Wahl durch das Ministerium), die Gesetzesbegründung aber liest sich gegenteilig.

Zur großen Überraschung völlig entfallen soll die Möglichkeit der Abwahl von Präsidiumsmitgliedern. In der Begründung heißt es: "[Die Streichung des Abwahlrechts] wird als sachgerecht bewertet. Die Amtszeit der Präsidiumsmitglieder ist grundsätzlich zeitlich begrenzt, sodass bereits die Frage der Wiederwahl für die notwendige Balance zwischen den Organen sorgt." Wann der niedersächsische Landtag mit der gleichen Begründung auch das Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten aus der Landesverfassung streicht, ist noch unklar.

STUDIUM UND LEHRE

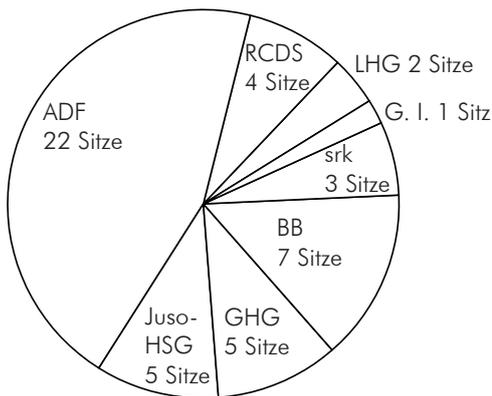
Im Bereich der Lehrevaluationen hat es kleinere Verbesserungen gegeben. So sollen Befragungen häufiger als alle zwei Jahre (bis-

her semesterweise!) nun wieder möglich und weiter vom Senat in einer Ordnung geregelt werden. Eine wesentliche Verbesserung gibt es für Studierende mit Kind und solche, die neben dem Studium arbeiten müssen: endlich sind Regelungen für ein Teilzeitstudium enthalten. Für Teilzeitstudierende kann sich demnach die Regelstudienzeit maximal verdoppeln. Dies ist vorteilhaft etwa bei Langzeitstudiengebühren, Freiversuchs- oder sog. Kick-out-Regelungen. Die ADF hatte Regelungen zum Teilzeitstudium lange gefordert und damit bereits den Senat überzeugt. Präsident von Figura als Vertreter der Hochschulen wie auch die LandesAStenKonferenz für die Studierenden hatten das Anliegen gegenüber dem Land vorgetragen.

HOCHSCHULWAHLEN 2006: ADF ERNEUT STÄRKSTE KRAFT

von Andre Dorenbusch

Die Studierendenschaft hat gewählt. Wie immer waren die Ergebnisse mit Spannung erwartet worden. Letztlich zeigt sich im Ergebnis aber vor allem Kontinuität. Große Verschiebungen gab es nicht.



Sitzverteilung im Studierendenparlament

Die Wahlbeteiligung übertraf mit 38,24 % zum wiederholten Male deutlich den Vorjahreswert. Die Legitimation der studentischen Organe ist damit hier in Göttingen durchaus mit Europa- sowie einigen Landtagswahlen vergleichbar, was nicht heißt, dass sie nicht noch zu steigern wäre.

Insbesondere für die ADF zeigte

sich, dass die Arbeit des vergangenen Jahres von den Studierenden honoriert wurde. Mit 3.656 (+169) Stimmen konnte sie ihr Vorjahresergebnis noch einmal steigern und stellt weiter 22 von 49 Sitzen im Studierendenparlament (StuPa).

Juso-Hochschulgruppe und 'Grüne' Hochschulgruppe (jeweils fünf Sitze) sowie RCDS (vier Sitze) konnten ihre Vorjahresergebnisse halten. Liberale Hochschulgruppe (zwei Sitze) und 'schwarz rot kollabs' (drei Sitze) gewannen jeweils einen Sitz

hinzu. Mit einem Sitz neu ins Studierendenparlament zog die Gruppe 'Galaktisches Imperium' ein.

Verlierer der Wahl war das Basisdemokratische Bündnis. Nach Einbußen von fast einem Drittel kommt es nunmehr noch auf sieben Sitze, bleibt damit aber weiter zweitstärkste Fraktion.

Aufgrund dieses Ergebnisses waren

für die ADF rechnerisch Koalitionen mit den Jusos, dem RCDS sowie mit der 'Grünen' Hochschulgruppe möglich (ein Dreier-Bündnis mit LHG und G.I. kam zunächst nicht in Betracht).

Mit den drei genannten Gruppen gingen die Gespräche, die alle in einem sehr konstruktiven Rahmen verliefen, zügig voran, und es konnten zahlreiche inhaltliche Übereinstimmungen ausgemacht werden. Die GHG entschied sich jedoch, in diesem Jahr nicht an der AStA-Bildung beteiligt sein zu wollen. Nach einer intensiven Diskussion stimmte schließlich eine Mehrheit der ADF-Mitgliederversammlung dafür, eine Koalition

und somit den AStA gemeinsam mit dem RCDS zu bilden.

Das StuPa wählte Ende Februar im Rahmen seiner konstituierenden Sitzung den neuen AStA. Als Vorsitzender wurde Andre Dorenbusch (ADF) gewählt, der bereits als Hochschulreferent Erfahrung sammeln konnte. Finanzreferent wurde Christian Zigenhorn (ADF). Das Sozialreferat wurde erneut mit Sven Klein (RCDS) besetzt. Ferner gehören dem AStA an Sebastian Ehrich (ADF) als Hochschulreferent und Imke Buß (ADF) als Außenreferentin. Britta Kunz (ADF) wurde zur ersten Referentin im neu geschaffenen Ressort Öffentlichkeitsarbeit gewählt.

InfoBox: Der AStA

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) ist die "Studierendenregierung". Er vertritt die Interessen der Göttinger Studierenden gegenüber der Universität, der Stiftung, der Stadt und dem Land und er informiert die Studierenden über aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen.

Der AStA wird vom Studierendenparlament zu Beginn der Legislaturperiode gewählt und von diesem kontrolliert.

Der AStA untergliedert sich in Referate. So gibt es neben dem AStA-Vorsitz noch ein Finanzreferat, ein Hochschulreferat, ein Außenreferat, ein Sozialreferat und ein Referat für Öffentlichkeitsarbeit. Jedem Referat steht ein (vom StuPa gewählter) Referent vor.

"NICHT JEDER MUSS POLITIKER, JEDER ABER POLITISCH SEIN" – IMMATRIKULATIONSFEIER

von Britta Kunz

Auch zu diesem Semester wurden die Neuankömmlinge an der Universität Göttingen in einer offiziellen Immatrikulationsfeier begrüßt. Kein großer Publikums-magnet wie RTL-Chefredakteur Peter Klöppel im letzten Jahr, immerhin aber die Bundesjustizministerin a. D. und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger begrüßte neben Uni-Präsident von Figura die rund 250 anwesenden Erstis.

Gut 35 Jahre zuvor, so Leutheusser-Schnarrenberger, habe auch sie als "Neue" aufgeregt,

hoffnungs- aber auch sorgenvoll in ihrer Immatrikulationsfeier gesessen. Die darauf folgenden Jahre ihres Jurastudiums seien ihr als spannende, erinnerungswerte, aber auch unruhige Zeit im Gedächtnis geblieben. Nicht nur die plötzlichen Übergriffe von Professoren auf Studentinnen zur Verdeutlichung unterschiedlicher Straftatbestände oder die Diskussion über die Frage, ob Vergewaltigung auch unter Pferden möglich sei, hätten das Studium geprägt.

Die Folgen der 68er-Unruhen seien noch deutlich zu spüren

gewesen. Ein neues gesellschaftliches Bewusstsein sei geprägt worden, durch das auch sie ihrer Abhängigkeit von und Verantwortung für ihre Mitmenschen bewusst geworden sei. Daher könne sie nicht verstehen, dass sich auch heute noch so viele gerade junge Menschen damit brüsteten, mit Politik nichts zu tun haben zu wollen. "Nicht jeder muss Politiker, jeder aber politisch sein", so ihre Botschaft an die Neumatrikulierten.

Weiterhin rief sie dazu auf, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Zwar sei ein schneller

Studienabschluss heute erstes Ziel der meisten Studierenden, doch solle man sich immer die Zeit nehmen, fächerübergreifend, auch neben dem Studium aktiv zu werden.

Bereits ihre Vorredner Prof. Dr. Magull, Vorstandsvorsitzender des Göttinger Studentenwerks, und Andre Dorenbusch, Vorsitzender des AStA, hatten auf die vielfältigen Möglichkeiten des Engagements an der Uni neben dem Studium hingewiesen. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte das Jazztrio Jazz Deluxe.

UNI AKTIV MITGESTALTEN!

Interesse, die Uni aktiv mitzugestalten? Lust, Leute kennen zu lernen? Dann bist Du bei uns genau richtig! Die ADF ist mit über 200 Mitgliedern die größte studentische Interessenvertretung an der Universität Göttingen. Wir engagieren uns in allen wichtigen Gremien und entscheiden über die Belange unserer Uni im Interesse der Studierenden konsequent mit. Mit unserer Zeitung "Wadenbeißer", der mit Abstand auflagenstärksten studentischen Publikation in Göttingen, informieren wir regelmäßig im Semester über aktuelle hochschulpolitische Themen und Geschehnisse rund um die Universität Göttingen. – Und auch sonst gibt's bei uns viel Raum für kreatives, selbstständiges Arbeiten: Ob in hochschulpolitischen Projekten, in der Wahlkampfplanung, im AStA oder in Kommissionen der Universität. Also:

Mach mit in Göttingens größter hochschulpolitischer Gruppe!

Einsteigerabende: Do., 27. April und Di., 2. Mai ab 18 Uhr im VG

UNSERE GESCHICHTE

Vor über zwölf Jahren kamen Vertreter unabhängiger Fachschaftsgruppen, die an den Fakultäten vor allem Serviceleistungen für ihre Kommilitonen anboten, zusammen und beschlossen, sich für die Uniwahlen im Januar 1994 zu einer Liste zusammenzuschließen, um sich gemeinsam für eine studierendeninteressen-nahe studentische Vertretung auf Uni-Ebene einzusetzen: Die ADF war geboren. Seit dem sind weitere Fachschaftsgruppen, vor allem aber einzelne Studierende aus vielen Fakultäten, zu uns gekommen, so dass wir heute die größte hochschulpolitische Gruppe Göttingens sind.

UNSERE ARBEIT

Seit über vier Jahren stellen wir den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Dort vertreten uns z. Zt. Andre Dorenbusch als AStA-Vorsitzender und vier weitere Referenten mit unterschiedlichen Aufgaben. Wir wirken im AStA maßgeblich an der Vertretung der studentischen Interessen an unserer Uni, gegenüber der Stadt Göttingen und gegenüber dem Land Niedersachsen mit. Aber auch Info- und Diskussionsveranstaltungen sowie Demonstrationen werden von uns organisiert. Überdies bieten wir im AStA z.B. mit der Sozial- und Rechtsberatung und vielen Info-Broschüren ein breites Serviceangebot für die Studierenden an.

Im Senat der Universität (mit dem Senator Ralf Mayrhofer), in den zahlreichen Senatskommissionen sowie den Gremien des Studentenwerks bringen wir uns intensiv in die Entscheidungsprozesse ein.



Man stellt uns immer wieder gern die Frage, welcher politischen Richtung wir eigentlich angehören. Leider müssen wir darauf immer antworten, dass wir das nicht können: Wir haben keine "politische" Ausrichtung. Allerdings sollte man das auch nicht missverstehen. Wir sind kein Haufen Unpolitischer oder politisch Des-

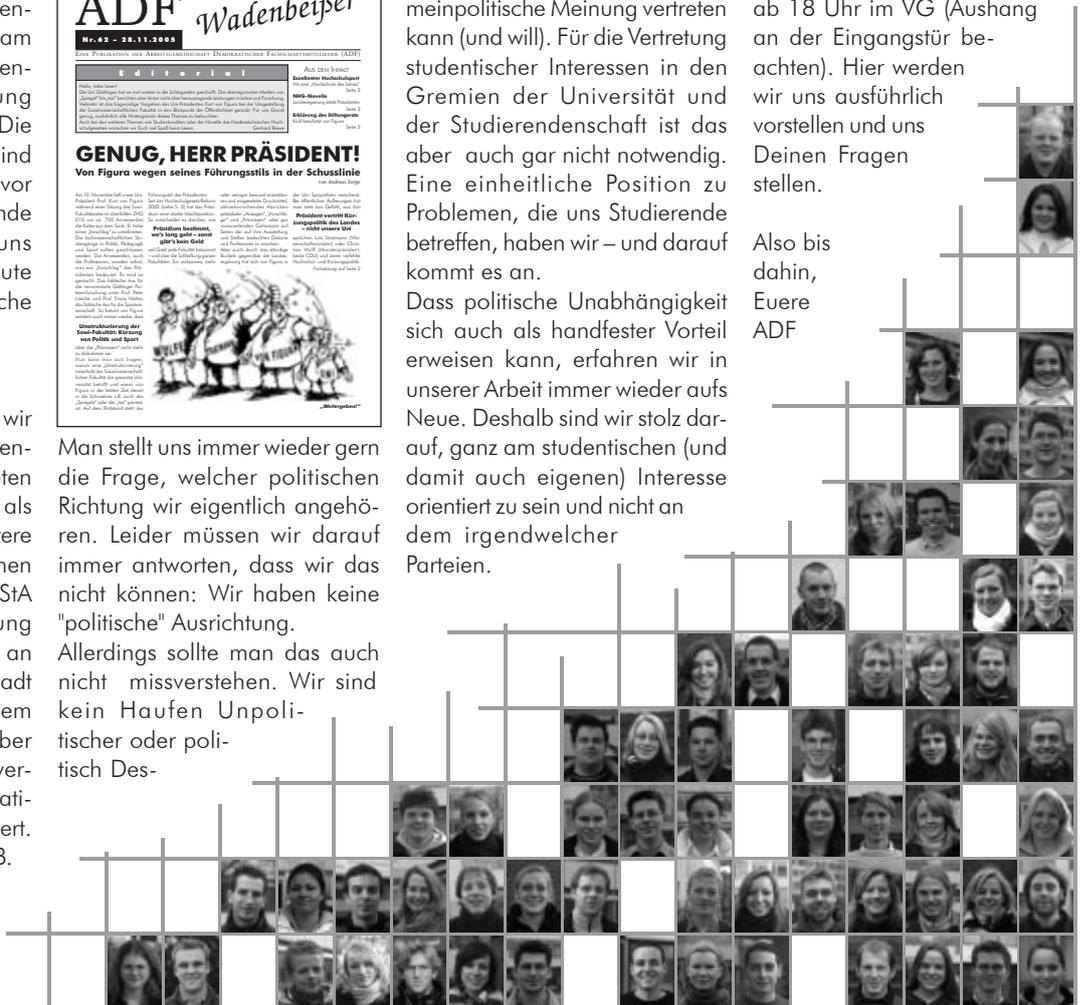
interessierter. Nicht wenige unserer Mitglieder engagieren sich außerhalb der Uni in politischen Parteien; das Spektrum reicht dabei von der CDU und FDP über die SPD bis zu den Grünen. Gerade daran sieht man, dass die ADF keine einheitliche allge-meinpolitische Meinung vertreten kann (und will). Für die Vertretung studentischer Interessen in den Gremien der Universität und der Studierendenschaft ist das aber auch gar nicht notwendig. Eine einheitliche Position zu Problemen, die uns Studierende betreffen, haben wir – und darauf kommt es an.

Dass politische Unabhängigkeit sich auch als handfester Vorteil erweisen kann, erfahren wir in unserer Arbeit immer wieder aufs Neue. Deshalb sind wir stolz darauf, ganz am studentischen (und damit auch eigenen) Interesse orientiert zu sein und nicht an dem irgendwelcher Parteien.

INTERESSIERT?

So, nun genug von uns. Wenn Du Interesse hast, mal bei uns reinzuschneppern, dann komm doch einfach ganz unverbindlich zu einem unserer Einsteigerabende am Donnerstag, den 27. April oder am Dienstag, den 2. Mai ab 18 Uhr im VG (Aushang an der Eingangstür beachten). Hier werden wir uns ausführlich vorstellen und uns Deinen Fragen stellen.

Also bis dahin, Euer ADF



SCHULDENFALLE STUDIENKREDIT?

von *Andreas Redeker*

Die seit langer Zeit angekündigten Studienkredite der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau; bundeseigene Bank) sind seit April auf dem Markt. Die ersten Vertriebspartner machen bereits aggressiv Werbung, wie die Oldenburgische Landesbank, die schon das Ende des studentischen Jobbens aufziehen sieht.

Aber behält sie damit tatsächlich Recht? Dazu muss man sich erstmal die Kreditkonditionen genau ansehen. Einen KfW-Kredit können alle deutschen Staatsbürger beantragen, die jünger als 31 Jahre sind und sich in ihrem Erststudium befinden. Dabei darf man das 10. (in Ausnahmen das 14.) Semester noch nicht vollendet haben und muss gegebenenfalls entsprechende Erfolgsnachweise für die absolvierten Semester erbringen. Darüber hinaus findet keine Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse oder des Bedarfs statt. Der Kredit ist daher mit allen

übrigen Finanzierungsformen (BAföG, Unterhalt, eigener Verdienst) kombinierbar. Der Förderbetrag kann flexibel zwischen 100 und 650 € gewählt und jeweils zum Semesterbeginn neu angepasst werden. Nach der maximal 84 Monate währenden Auszahlungsphase kann sich noch eine Karenzphase von maximal 23 Monaten anschließen, in der nur die Zinsen gezahlt werden müssen. Anschließend muss der Kredit so abgezahlt werden, dass die Gesamtlaufzeit maximal 34 Jahre beträgt.

Die entscheidende Frage ist natürlich der Zinssatz. Er beträgt derzeit nominal 5,1 %, was als durchaus günstig gelten kann. Er wird jedoch halbjährlich an das Marktniveau angepasst. Damit das Zinsrisiko zunächst kalkulierbar bleibt, bietet die KfW für die ersten 15 Jahre der Vertragslaufzeit einen Maximalzins von derzeit 8,38 % an. Danach sind aber auch Zinssätze von

über 10 % nicht auszuschließen. Daraus ergeben sich bei maximaler Ausnutzung des Angebots folgende Rückzahlungsbeträge: In der Karenzphase werden Zinszahlungen von 233 € monatlich fällig, anschließend steigt die Belastung auf 412 € pro Monat. Damit ergibt sich eine Gesamtbelastung von knapp 124.000 €. Allerdings sind dabei noch kein extremer Zinsanstieg nach 15 Jahren oder mögliche Rückzahlungsschwierigkeiten berücksichtigt. Diese könnten die Rückzahlungen auf bis zu 500 € monatlich erhöhen.

Die KfW-Kredite sind damit keine wirklich attraktive Alternative zum Jobben. Wer sich die volle Summe auszahlen lässt, steht am Ende seines Studiums mit ca. 55.000 € Schulden da und wird wohl bei keiner Bank noch Geld für eine eventuelle Existenzgründung leihen können. Vielmehr ist man auf einen gut bezahlten Job angewiesen, um die hohen Rückzahlungsforderungen bedienen zu können. Schließlich geht die KfW für ihren Rückzahlungsplan von einer lückenlosen Erwerbsbiographie aus. Stundungen aufgrund von Arbeitslosigkeit kommen, wie bei Krediten üblich, teuer. Dieser Zwang zum Geldverdienen dürfte sich besonders negativ auf die Chancen, eine Doktorarbeit zu schreiben, auswirken. Vom üblichen Doktorandengehalt/Stipendium lassen sich die Belastungen nämlich nicht tragen. In einigen Fächern, besonders beispielsweise in Chemie, sinken die Chancen auf einen guten Job damit praktisch auf Null. Aber selbst, wenn am Ende des Studiums ein lukrativer Arbeitsplatz Geld in die Kassen spült, sind die Raten eine hohe Belastung. Eigentlich wollte man doch jetzt endlich eine nette Wohnung einrichten, ein Auto kaufen, sich mal Urlaub gönnen und vielleicht auch eine Familie gründen. Da wird man wohl ein wenig kürzer treten müssen. Bleibt zu hoffen, dass sich nicht noch mehr junge Menschen von ihren Kinderwünschen verabschieden (müssen).

Sinnvoll ist der Kredit wohl höchstens zur geringfügigen Aufbesserung des Lebensunterhalts, oder um sich in Prüfungszeiten das zeitraubende Arbeiten zu ersparen. Das gesamte Kreditmodell ist äußerst fragwürdig. So müssen einige ungewollte Nebeneffekte berücksichtigt werden. Es steht zu befürchten, dass besonders Studierende mit unterhaltspflichtigen, aber zahlungsunwilligen Eltern in die Verschuldung getrieben werden, weil diese immer noch attraktiver scheinen mag, als gegen die eigenen Eltern vor Gericht ziehen zu müssen. Außerdem wird es eine ganze Reihe von jungen Menschen geben, die zu Beginn ihres Studiums Kredite aufnehmen, um sich damit Luxus und Partys zu finanzieren. Schließlich findet praktisch keine Kontrolle statt, und die Unterhalt leistenden Eltern müssen ja nichts mitbekommen. Wer so dumm handelt, ist selbst schuld, könnte man sagen, nur zeigen die Verschuldungsstatistiken, dass dieses Verhalten immer weitere Verbreitung findet. Die Kosten von verschuldeten und gescheiterten Existenzen trägt am Ende die Allgemeinheit. Mehr Verantwortung der Bank bei der Kreditvergabe ist also dringend geboten.

An Stelle staatlicher Bildungskredite sollte es besser eine ordentliche Finanzierung über das BAföG geben. Die vorhandenen Finanzierungslücken, wie das Mittelstandsloch, müssen dringend behoben werden. Dazu braucht es eine regelmäßige Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge genauso wie eine Überprüfung der Berechtigungskriterien. Seit der letzten großen Novelle des BAföG 2001 ist eine Anpassung schon wieder überfällig. Außerdem sollte eine Regelung für Studierende mit zahlungsunwilligen Eltern gefunden werden.

Ansonsten bleibt nur zu hoffen, dass der Einstieg in die Bildungskredite nicht der Anfang vom Ende des BAföG ist, wie schon im letzten Jahr von prominenten CDU-Politikern, unter anderen der Bundesbildungsministerin Annette Schavan, gefordert.

www.kopie.de

klartext GmbH • print- & medienservice • Weender Landstr. 8-10 • 37073 Göttingen • Email: info@kopie.de



WIR KÖNNEN NICHT KLONEN,
aber kopieren, drucken, binden!

Sie benötigen Briefpapier, Visitenkarten,
Bedienungsanleitungen oder eine Imagebroschüre?

Wir beraten Sie gern über die modernen Möglichkeiten
des digitalen Offsetdrucks und des „printing on demand“.
Unser geschultes Fachpersonal steht Ihnen gern
beratend zur Verfügung.

Telefon: 0551/499 700



Satz & Layout

Digitaldruck

Offsetdruck

"UMSTRUKTURIERUNG DER SOWI-FAKULTÄT" – EIN ZWISCHENBERICHT

von Sebastian Ehricht

Nachdem die Ankündigung unseres Uni-Präsidenten, erhebliche strukturelle Veränderungen an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät vorzunehmen und "Schwachstellen auszumerzen", zu einem erheblichen Medienecho, einigen Demonstrationen und anderen Gegenaktionen geführt hat, haben sich die Wogen mittlerweile geglättet, und die Gremien von Fakultät und Universität diverse Kompromisse erzielt.

Die guten alten Diplom- und Magisterstudiengänge sind ja mittlerweile passé, und so ging es, die studentische Seite betreffend, vor allem darum, welche Bachelor- und Master-Studiengänge zur Akkreditierung eingereicht werden. Es wird eigenständige Bachelor in den Fächern Soziologie und

Ethnologie geben, darüber hinaus Soziologie im Rahmen des Zwei-Fächer-Bachelor, bei dem das andere Fach etwa aus der Philosophischen Fakultät kommen kann. Im Zwei-Fächer-Bachelor (Lehramtsbezogenes Profil) und im Master of Arts in Education wird es Angebote der Sport- und Politikwissenschaft geben. Fachwissenschaftliche Masterstudiengänge werden in Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft eingerichtet.

Gekürzt wird in erheblichem Umfang vor allem bei den Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, was unterm Strich besonders den Sport, aber auch die Politikwissenschaft trifft. Beide werden keinen eigenständigen Bachelor-Studiengang anbieten können. Die könnte auch Folgen

für das Angebotspektrum des Hochschulsports haben, da sich bisher ein großer Teil der Gruppenleiter aus den Sportstudenten rekrutierte. Die Politikwissenschaft betreffend wurde besonders auf das fruchtbare Zusammenwirken mit der Philosophischen Fakultät, insbesondere mit der Geschichte, hingewiesen. Umso wünschenswerter wäre es, wenn ein Angebot der Politik im Zwei-Fächer-Bachelor auch außerhalb des lehramtsbezogenen Profils eingerichtet werden könnte.

Darüber hinaus soll die Beteiligung der Fakultät an den Studiengängen "Werte und Normen", "Geschlechterforschung" und "Euroculture" aufrechterhalten bleiben.

Im Rahmen der genannten Restrukturierung will sich die Fa-

kultät auf die Forschungsschwerpunkte "Institutioneller Wandel in komparativer Perspektive" und "Bildungsbiographien im Wechselverhältnis von institutionellen und sozialen Kontextbedingungen" konzentrieren und einige der demnächst zu besetzenden Professuren als Brückenprofessuren zwischen den Fächern dominieren.

All dies ist zusammengerechnet mit einer deutlichen Verringerung der angebotenen Studienplätze verbunden, was, wenn es die Qualität der Lehre verbessert, ja nicht nur schlecht sein muss. Letztendlich merkt man diesem Konzept jedoch an, dass es sich um einen Kompromiss handelt, der niemanden wirklich glücklich macht, auf den man aber aufbauen kann.

KURZ BERICHTET

MASTER IN PFERDEWISSENSCHAFTEN ZUM WINTERSEMESTER

Die Uni Göttingen richtet zum WS 06/07 einen weiterbildenden Masterstudiengang Pferdewissenschaften ein. Er wird von der Fakultät für Agrarwissenschaften in Zusammenarbeit mit der TiHo Hannover, der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft und der Deutschen Reiterlichen Vereinigung angeboten.

Das viersemestrige Studium umfasst die Vermittlung naturwissenschaftlicher Kenntnisse in den Bereichen Physiologie, Ernährung und Leistung sowie Züchtung und Genetik, Hygiene, Training,

Haltung und Verhaltenskunde. Außerdem gibt es Lehrveranstaltungen zur Betriebswirtschaft und Unternehmensführung pferdehaltender Betriebe, zur Organisation und Ausbildung im Pferdesport, zum Event- und Sportmarketing und zu rechtlichen Fragen. Sie werden ergänzt durch praxisnahe Studienmodule, die auf berufliche Tätigkeiten im Pferdesektor vorbereiten.

Informationen für Studieninteressenten sind im Internet unter der www.pferde.uni-goettingen.de abrufbar.

"WADENBEISSER" IN DER DEUTSCHEN BIBLIOTHEK

Diese 64. Ausgabe des Wadenbeißers und alle folgenden werden der Nachwelt erhalten bleiben. Wie der aufmerksame Leser schon bei der Lektüre der Titelseite bemerkt hat, wurde dem Wadenbeißer eine ISSN (International Standard Serial Number) zugeteilt; er wird somit fortan in der deutschen Nationalbibliographie geführt und ist in der Deutschen

Bibliothek in Frankfurt verfügbar. Der Wadenbeißer ist seit über vier Jahren (Wadenbeißer Nr. 36) die mit Abstand auflagenstärkste hochschulpolitische Publikation an der Georg-August-Universität.

Auch weiterhin wird der Wadenbeißer sachlich fundiert, aber schonungslos die Hochschulöffentlichkeit über aktuelle Uni-Geschehnisse informieren.

NEUER SUB-DIREKTOR

Neuer Direktor der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB) wird Dr. Norbert Lossau, derzeit Leiter der Universitätsbibliothek Bielefeld. Dr. Lossau übernimmt die Leitung der Göttinger Bibliothek zum 1. Oktober 2006 und wird damit Nachfolger von Prof. Dr. Elmar Mittler, der seit 1990 an der Spitze der SUB steht und zum Herbst dieses Jahres in den

Ruhestand verabschiedet wird. Dr. Lossau studierte und promovierte an der Georg-August-Universität und erhielt seine bibliothekarische Ausbildung an der SUB, an der er insbesondere im Bereich der Digitalisierung tätig war. Die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen gehört mit etwa 4,5 Mio. Bänden zu den fünf größten Bibliotheken in Deutschland.

LANGZEITSTUDIENGEBÜHREN RECHTMÄSSIG

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat am vergangenen Mittwoch einen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Braunschweig aufgehoben, welcher Ende Januar für großen Wirbel gesorgt hatte. Demnach wäre im nun begonnenen Sommersemester die Erhebung von Langzeitstudiengebühren unrechtmäßig gewesen, weil die durch das Haushaltsbegleitgesetz im vergangenen Dezember eingeführten Gebührenregelungen erst im kommenden Wintersemester anwendbar geworden wären. Der

Landtag hatte im Hauruck-Verfahren als Anhang zum gänzlich sachfremden Verwaltungszustellungsgesetz die vermeintliche Gesetzeslücke geschlossen und für das Sommersemester die bisher geltenden Regelungen wieder eingesetzt. Wie sich nun herausstellt, wäre dies nicht nötig gewesen. Viele Studierende profitieren dennoch, weil die Regelverschärfungen im Bereich der Langzeitstudiengebühren (Wegfall bzw. Verschärfung von Ausnahmetatbeständen) erst ein Semester später greifen.

ALTERNATIVES VORLESUNGSVERZEICHNIS ERSCHIENEN

Auch in diesem Semester gibt das Hochschulreferat des AStA wieder ein Alternatives Vorlesungsverzeichnis heraus. Darin finden sich zahlreiche spannende Lehrveranstaltungen aus dem Angebot aller Fakultäten der Universität, seien es Seminare oder Vorlesungen, die auch für Fachfremde zugänglich sind und Euch die Möglichkeit geben, über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus zu schauen. Falls Ihr also gerne einmal ein

Literaturseminar besuchen wollt, Informationen über Israel und den Nahen Osten sucht, unsere in die Schlagzeilen geratenen Politologen einmal "live" erleben wollt oder Euch der Sinn nach ein wenig experimenteller Chemie steht – all das und noch einiges Mehr findet Ihr pünktlich zu Semesterbeginn im neuen AVW! Selbst König Fußball wurde im Weltmeisterschaftsjahr mit einigen Lehrveranstaltungen bedacht, sodass es sogar für ein eigenes Kapitel reicht.

Über den Erhalt unserer Universität als echte Volluniversität mit einem breiten Fächerspektrum ist ja in der Vergangenheit viel diskutiert worden. In diesem Zusammenhang kann und will das AVW als Plädoyer für die Fächervielfalt und den Erhalt der mitunter herabschauend als "Orchideenfächer" bezeichneten kleineren Fächer, verstanden werden. Interdisziplinarität hat in Göttingen Tradition, und so folgen auch wir dem alten

Leitgedanken des "studium generale".

Solltet Ihr also noch ein wenig Luft in Euerem Stundenplan haben, kommt doch einfach in den AStA und holt Euch ein Exemplar ab, schließlich kann man ja nie genug wissen!

INTERESSANTE BERUFSFELDER FÜR JURISTEN

Die Veranstaltungsreihe der DAF (Demokratische Aktion Fachschaft) geht in die nächste Runde. Nachdem zu Beginn des Jahres Referenten wie Christiane Moch vom Bundeskartellamt über interessante Tätigkeitsfelder für Juristen im öffentlichen Dienst berichteten, folgt nun Teil zwei der Reihe: "Juristen in der Privatwirtschaft". Dazu referieren Frau Dr. Charisius und Herr Diekmann von der Volkswagen AG sowie Frau Dr. Völker aus dem Hause Freshfields-Bruckhaus-Deringer. Weitere Referenten sind angefragt. Stattfinden wird die Infoveranstaltung am Mittwoch, 3. Mai 2006 um 18 Uhr im ZHG 006.

IMPRESSUM**Redaktion**

Andre Dorenbusch,
Sebastian Ehricht, Andrea Fiege,
Daniel Flore (V.i.S.d.P), Britta Kunz,
Andreas Lompe, Andreas Redeker,
Christian Zigenhorn

Chefredakteur / Layout

Heiko Schönfeld

Auflage

8.000 Exemplare

ISSN

1862-1864

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion:
Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

500 zu 1**mittwoch 10.5.****In unserem Club steigt die größte Uni-Party Göttingens auf 2 Floors**

Und folgendes erwartet euch:

...Eintrittsermäßigung für Studenten

...10% Rabatt für Studenten

...Warsteiner vom Fass 0,5l nur 1,95€

Lass Dir Deine Semestergebühr schenken!

Die ersten 500 Studies die in den Club kommen sind dabei!

Einer Gewinnt:

